

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 63 (1984)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Für den Austritt aus dem Bundesrat : den Hoffenden eine Heimat  
**Autor:** Uchtenhagen, Lilian  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-340114>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 01.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Partei wird der Freisinn über unsere Regierungsbeteiligung entscheiden. Dann könnte es heissen, raus aus dem Kinderzimmer und auf die Strasse mit uns.

Noch können wir selber entscheiden. Noch können wir aufrechten Ganges das freisinnige Herrschaftshaus durchs Hauptportal verlassen. Wir

müssen zurück auf die Strasse und zu den Menschen. So wie die Chemiarbeiter in Basel das getan haben — und sie haben sich durchgesetzt.

Natürlich traut man uns das jetzt nicht zu. Es ist an euch, an uns allen, jetzt zu entscheiden. Stimmt für den Austritt aus dem Bundesrat!

Stimmt für das Überleben und die Zukunft unserer Partei! Wir wollen Hoffnung schaffen, weil wir Hoffnung brauchen. Und wir können das auch.

Aber wir müssen an die frische Luft. Sonst ersticken wir. Und unsere Bewegung geht langsam zugrunde. Lasst uns gemeinsam an die frische Luft gehen.

*Für den Austritt aus dem Bundesrat*

## Den Hoffenden eine Heimat

*Von Lilian Uchtenhagen, Nationalrätin, Zürich*

Liebe Genossinnen,  
liebe Genossen,

Ich habe bis jetzt zum Thema der Bundesratsbeteiligung geschwiegen. Ich habe geschwiegen, weil ich überzeugt bin, dass man diese Frage ausserhalb von Persönlichem sachlich zu entscheiden hat. Ich habe auch geschwiegen, weil ich mich einer Presse entziehen wollte, die in diesem Thema nur mögliche Sensationen und Skandale sieht.

Ich habe mir lange überlegt, ob ich heute überhaupt dazu sprechen soll. Ich tue es, weil ich als Frau Politik nie als Karriere empfunden habe, sondern als Arbeit an der Sache und weil deshalb für mich diese Nichtwahl an meinem politischen Engagement nichts ändert.

Ich bin dieser Partei nach jahrelanger Auseinandersetzung mit ihrem Gedankengut aus Überzeugung beigetreten. Ich habe in der Sozialdemokratischen Partei meine politische Heimat gefunden. Ich fühle mich ihrer Geschichte verpflichtet und ihrem Auftrag für die Zukunft. Ich möchte hier auch danken für die grosse Unterstützung, die ich von den Mitgliedern unserer Partei vor und vor allem

auch nach den Wahlen erfahren durfte. Diese Unterstützung hat für mich den Begriff «politische Heimat» zur Realität werden lassen.

Ich danke vor allem auch meinen Genossinnen. Ich habe in den letzten Wochen erfahren, dass es eine politische Solidarität der Frauen gibt, und ich bin überzeugt, dass die Frauen auf dem Wege sind, eine politische Kraft zu werden. Und dies nicht nur durch Unterstützung der bisherigen Politik, sondern durch den Aufbau eines neuen politischen Klimas. Das habe ich in den Wochen nach meiner Nichtwahl aus vielen Briefen herauslesen können. Ich bin nicht einmal sicher, ob ich ähnlich erfreuliche Briefe bekommen hätte, wenn ich gewählt worden wäre.

Niemand wird mich daran hindern, Politikerin zu sein und Politikerin zu bleiben. Niemand wird mich an meinem Engagement hindern. Ich bin nicht von euch nicht gewählt worden, sondern von den Bürgerlichen. Das macht mir die sogenannte Niederlage leicht, und ich danke euch in diesem Sinne für eure Wahl.

Damit ist für mich diese Sache erledigt. Ich spreche nicht als

ehemalige Kandidatin zu euch, sondern als Mitglied dieser Partei.

Wir brauchen diese Partei. Die Schwierigkeiten, die wir heute haben, sind nicht ausgelöst worden durch diese Sache, sondern durch die riesige Last von Aufgaben, die wir erfüllen müssen.

Wir müssen einerseits das Erbe der Vergangenheit verwalten, das mühsam Er kämpfte an materieller Besserstellung des Arbeitnehmers und an sozialer Sicherheit verteidigen und im Rahmen des Möglichen und des Sinnvollen ausbauen. Andererseits müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass im Zentrum der Auseinandersetzungen in unserer Industriegesellschaft heute weniger die Ausbeutung des einzelnen Arbeitnehmers steht als vielmehr die Ausbeutung und Zerstörung dieser unserer Welt, ihrer Natur, ihrer Ressourcen, ihrer Rohstoffe. Die Ausbeutung der Menschen — sie findet heute insbesondere in der Dritten Welt statt; auch sie zu bekämpfen ist unsere sozialistische Verpflichtung. Immer deutlicher müssen wir Sozialdemokraten überdies auch als Sachwalter und Verteidiger unserer Demokratie auftreten und

der damit untrennbar verbundenen persönlichen und gesellschaftlichen Freiheitsrechte: als Verteidiger des Rechts auf freie Meinungsäusserung des Schutzes der Privatsphäre und so weiter.

Aus dieser Sicht schien es mir wichtig, nicht voreilig Stellung zu beziehen, sondern zuzuhören, die Diskussion intensiv zu verfolgen, mir gewissenhaft eine eigene Meinung darüber zu bilden, welcher Entscheid für unsere Partei richtiger sei.

Und richtig oder falsch kann nur daran gemessen werden, was diese Partei überleben lässt und was einigermassen ihre Geschlossenheit garantiert. Denn mit uns würde nicht nur eine Partei scheitern, es würden auch eine Reihe von Problemen nirgends mehr ihren Anwalt finden.

Die Partei muss und kann mit beiden Entscheiden überleben. Persönlich neige ich heute zur Annahme, dass der Schaden mittel- bis längerfristig kleiner und der Nutzen grösser ist, wenn wir im jetzigen Zeitpunkt die Bundesratsbeteiligung aufkünden. Diese Stellungnahme hat nichts mit meiner Nichtwahl zu tun, nichts mit zurückgebliebenen bitteren Gefühlen oder Ressentiments. Ich bin sehr wohl imstande, von meiner persönlichen Betroffenheit zu abstrahieren. Ich bin aber auch nicht bereit, eine andere als meine persönliche Meinung zu vertreten, um meine «Seelengrösse» unter Beweis zu stellen, wie mir dies in vielen Zuschriften verführerisch nahegelegt wird.

*Obwohl ich eher für einen Austritt aus der Landesregierung bin, habe ich wiederholt in der Öffentlichkeit gesagt, dass ich mit beiden Entscheiden leben kann.* Auch dazu stehe ich.

Ich möchte jenen Genossen und Genossinnen, die für einen Verbleib in der Regierung sind, deshalb sagen, dass ich ihre

Stellungnahme respektiere. Unser politisches System ist in der Tat auf die Mitwirkung aller grossen politischen Kräfte, ist auf Konsens, auf Kompromiss angelegt. Ich meine sogar, dass die sozialdemokratische Bundesratsbeteiligung im Wohle dieses Landes liegt. Aber es genügt nicht, wenn wir Sozialdemokraten dies wissen, auch die anderen Regierungsparteien müssen es wissen und sich entsprechend verhalten. Die reine Oppositionsrolle ist übrigens nicht nur nicht vorgesehen in unserem System; wir — die Politiker und die sogenannte Basis — sind darin auch recht ungewöhnt. Wir haben uns an pragmatische Kleinarbeit gewöhnt, sie ist uns vertrauter als das Neue. Das Neue macht Angst — und auch ich habe Angst; wir dürfen uns diese Angst sehr wohl eingestehen. Denn mit einem Rückzug aus der Regierung sind wir noch keine gloriose Opposition.

Wenn sich der Parteitag andererseits für einen Verbleib im Bundesrat ausspricht, so muss er wissen, dass dieser Entscheid für viele recht schwer zu verkraften sein wird. Er wird die Aktiven, die Jüngeren, die Frauen besonders hart treffen, also jene, die wir für die Zukunft unserer Partei besonders nötig haben.

Denn eines ist gewiss, Genossinnen und Genossen, mit der Verteidigung des Erreichten, mit dem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, um den Teuerungsausgleich, um das Schliessen von Lücken im sozialen Sicherheitsnetz — so wichtig all diese Dinge für uns Sozialdemokraten sind — mit diesem Kampf allein erfüllen wir unseren Auftrag nicht mehr. *Die blosse Verteidigung eines Erbes kann zum Verrat am Erbe werden.* Wir würden in unserem Bereich das tun, was wir den Freisinnigen so oft vorwerfen, wenn sie, jede Liberali-

tät verleugnend, nur noch bestehende Machtstrukturen verteidigen. Wir würden zu einer reaktiven und letztlich auch reaktionären Partei werden. Unsere Kooperation im bestehenden politischen System würde zur Kollaboration absinken. Bewegungen, denen wir heute noch am ehesten eine Heimat sind oder sein könnten, würden wir sich selbst überlassen, würden wir verraten.

Viele engagierte Frauen der Frauenbewegung arbeiten in unserer Partei mit, Leute der Friedensbewegung, der Ökologiebewegung sind in unseren Reihen. Sie beteiligen sich intensiv an der täglichen politischen Kleinarbeit in unserer Partei. Sie wählen mit uns, und sie stimmen mit uns.

Aber sie sind nicht einfach hier, weil ihnen das Erreichte genügt, *sie sind hier als Hoffende, und sie glauben, dass ihre Hoffnung in dieser Partei einen Platz hat.* Unsere Genossen vor 50, 60 Jahren kamen nicht in diese Partei, weil sie glaubten, sie würden das erreichte Ziel noch erleben, auch sie kamen als Hoffende in diese Partei.

Wenn wir — wie wir auch immer entscheiden — diesen Parteitag damit beschliessen, dass alles beim alten bleibe, dann werden uns viele von diesen Hoffenden verlassen.

Wir alle wissen — und ich habe immer dafür plädiert —, dass unsere Arbeit politische Kleinarbeit ist, dass dies eine pragmatische Arbeit ist und dass die kleinen Schritte wichtige Schritte sind.

Heute, an diesem Parteitag, geht es um mehr. Es geht darum, ob wir noch die Kraft und die Stärke haben zur Utopie, ob wir den Hoffenden noch eine Heimat sein können. Genossinnen und Genossen: Wir müssen die Partei der Hoffenden bleiben.